

Berliner Forum für Sicherheit und Gesellschaft

„Muslime im Fokus von Rechtsextremisten“

Berlin, 14. Dezember 2016

Begrüßung

Andreas Geisel, Senator für Inneres und Sport

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich heiße Sie recht herzlich zum Berliner Forum für Sicherheit und Gesellschaft hier im Louise-Schroeder-Saal des Berliner Rathauses willkommen.

Louise Schroeder war in den 1920er Jahren Reichstagsabgeordnete und hat sich für Sozialpolitik und Frauenrechte eingesetzt. In der Zeit des Nationalsozialismus war sie eine unbequeme Kritikerin und stand im Visier des Terrorapparats. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie die erste amtierende Oberbürgermeisterin Berlins. Bis heute die einzige Frau an der Spitze der Stadt. Louise Schroeder war Demokratin durch und durch. Sie stand auch in Zeiten von Terror und Einschüchterung zu ihren Überzeugungen.

Warum erzähle ich Ihnen das?

Wir haben in den letzten Jahren gesellschaftliche Veränderungen erfahren, die das Vertrauen vieler Menschen in die Politik, in Politiker, ja in unsere Demokratie insgesamt, auf die Probe stellen. Eine besondere Herausforderung ging und geht mit dem Zuzug von geflüchteten Menschen, ihrer Aufnahme und – wenn sie längerfristig hier bleiben – ihrer Integration einher. Die Mehrzahl der zu uns kommenden Menschen sind Muslime, die in ihrer Heimat Bedrohung, Verfolgung und Gewalt ausgesetzt waren. Die Entscheidung, diese Menschen in unser Land zu lassen, war richtig. Sie basierte nicht auf einer ad-hoc-Eingebung oder einem unüberlegten Gefühl. Diese Entscheidung orientiert sich an unserem Wertekanon, dessen Grundlage die universellen Menschenrechte sind. Menschen, die der Grausamkeit von Gewalt und Verfolgung ausgesetzt sind, genießen unseren Schutz. Wer sich gegen diesen Grundsatz stellt, ist ein Gegner unseres Demokratieverständnisses!

Das bedeutet nicht, dass wir über die mit gesellschaftlichen Veränderungen verbundenen Problemstellungen nicht diskutieren dürfen. Im Gegenteil: Auch der Meinungsstreit ist ein wesentliches Element unserer demokratischen Idee. Er ist notwendig, um gute Lösungen zu finden und Entscheidungen herbeizuführen, die dem Gemeinwohl dienen. Klar ist aber auch: diese Debatte muss sich an unserer demokratischen Rechts- und Werteordnung orientieren. Sie muss faktentreu und vorurteilsfrei sein. Die Vorgaben des Grundgesetzes stecken das Feld ab, auf dem wir uns bewegen und Meinungen austauschen. Und ja, dazu gehört auch, dass wir uns unbequemen Fragen, Antworten und Kritik stellen müssen.

Ich weiß, dass Veränderungen bei einigen Menschen Unbehagen und Ängste auslösen. Insbesondere dann, wenn sie negative Folgen für sich selber fürchten. Die Bertelsmann-Stiftung hat in einer kürzlich veröffentlichten Studie

darauf hingewiesen, dass vor allem die Globalisierung als Bedrohung wahrgenommen werde und die Anziehungskraft rechtspopulistischer Parteien damit steige. Wir müssen diese Befunde ernst nehmen. Die Welt ist komplizierter geworden, das darf aber nicht heißen, dass die Antworten auf die Fragen unserer Zeit immer einfacher werden, bis hin zum Populismus. Was wir im Zusammenhang mit den Themen Migration, Asyl und Integration erleben, spielt sich teilweise eben nicht mehr in der Arena des demokratischen Streits ab.

Laut Bundeskriminalamt gab es im Jahr 2015 mehr als 1.000 Attacken auf Flüchtlingsunterkünfte. 2014 waren es noch rund 200, im Jahr 2016 bis Oktober ca. 800. In Berlin wurden 2015 insgesamt 59 Fälle erfasst, die sich gegen Flüchtlingsunterkünfte richteten; 2016 waren es bislang 48.

Es sind nicht nur diese menschenverachtenden Gewalttaten, die uns alle erschüttern. Fremdenfeindliche Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffe gegen Andersdenkende gehören ebenfalls zum Repertoire von Menschen, die für unsere Werte offenbar nichts übrig haben. Hier werden ganz klar Grenzen überschritten, was wir als demokratische Gesellschaft nicht hinnehmen werden. Eine freie Gesellschaft kann einiges aushalten, darf aber nicht alles hinnehmen.

Feindseligkeiten beginnen bereits im Kopf und müssen nicht zwangsläufig in Gewalt münden. Im November ist die sogenannte „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung erschienen; Forscher fanden heraus, dass unter den 1.896 Befragten gut 19 Prozent muslimenfeindliche Einstellungen haben. Der Aussage: „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ stimmen knapp 35 Prozent zu. Und gut 15 Prozent plädieren zur Jahreshälfte 2016 für einen Zuwanderungsstopp von Personen,

die der Gruppe der Muslime angehören. Schließlich meinen 40 Prozent der Befragten, die deutsche Gesellschaft würde durch den Islam unterwandert. Die Autoren der Studie stellen fest, dass sich die Gesellschaft polarisiert: Weite Bevölkerungsteile mit einer positiven Grundhaltung und zivilgesellschaftlichem Engagement stünden einer kleineren, harten Minderheit gegenüber, die nicht nur Geflüchtete ablehnt, sondern auch andere soziale Gruppen abwertet und zu rechtsextremen Einstellungen neigt. Diese gesellschaftliche Schere zwischen Gut und Böse muss uns alarmieren. Es sind diese Entwicklungen eines möglichen Auseinanderdriftens gesellschaftlicher Gruppen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Weltoffenheit, Toleranz und Gleichwertigkeit sind Merkmale unserer offenen Gesellschaft, die wir nicht aufgeben werden.

Nun sind die eben genannten negativen Einstellungen, insbesondere gegen Muslime – und darum geht es ja heute – nicht immer sofort ein Thema für den Verfassungsschutz oder die Polizei. Der Ruf nach Repression ist leicht und kommt gerne früh, ohne dass dafür die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Vielmehr ist es eine gesellschaftspolitische Aufgabe, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Wie wollen wir miteinander leben? Wer bestimmt über wen? Wer hat welche Rechte und Pflichten? Welche Rolle spielt jeder und jede einzelne von uns in diesem abstrakten Begriff des Gemeinwesen? Die Suche nach Sicherheit, Geborgenheit und Stabilität ist eine zutiefst menschliche. Antworten findet man in Partnerschaften, in der Familie, aber auch in staatlichen Ordnungen, an denen man sich orientiert. Egal wer hier lebt und egal wer zu uns kommt: Die gemeinsame Grundlage unseres Zusammenlebens sind das Grundgesetz und die Achtung der Menschenrechte. Wer sich zu ihnen bekennt, ist Teil dieser Gesellschaft. Das kann man durchaus im besten Sinne als identitätsstiftend betrachten.

Daneben existieren die zahlreichen anderen Identitäten, die jeder für sich selbst entwickelt und die sich gerne überschneiden: Da sind die Wilmersdorfer, die Pankower, Friedrichshainer, die Hertha BSC oder Union Berlin-Fans, Beisitzer im Nachbarschaftsverein, SPD-Mitglieder oder wahlweise CDU, Muslime oder Christen. Man kann das unendlich weitertreiben und miteinander verschneiden. Klar ist: All diese Gruppenzugehörigkeiten stiften Identität und Vielfalt. Sie haben ihre eigenen Codes und Regeln.

Das, was uns alle eint und verbindet und unser Handeln auf eine solide zivilisatorische Basis stellt, sind die umfassenden Werte des Grundgesetzes. Diese Rechts- und Werteordnung müssen wir übergreifend als Leitlinie unserer Gemeinschaft verstehen. Wir müssen klarmachen, dass unter dieser Leitlinie Freiheitsrechte eines jeden einzelnen versammelt sind, dass dies die unabdingbare und nicht verhandelbare Grundlage unseres Zusammenlebens ist. Hinter jeder Ordnung und jedem System stehen immer Menschen – und die müssen wir in den Mittelpunkt unserer Betrachtung rücken.

Rechtsgerichtete Gruppen und insbesondere Rechtsextremisten versuchen genau das Gegenteil zu erreichen. Sie wollen, dass Menschen nicht mehr individuell betrachtet werden. Sie wollen die kollektive Abwertung, indem sie Menschen per se einer Gruppe zuordnen. Sie wollen pauschalisieren und stigmatisieren.

Die Lage der muslimenfeindlichen Szene Berlins stellt sich in diesem Zusammenhang diffus dar. Hier werden vor allem Ängste vor einer vermeintlichen „Islamisierung“ Deutschlands geschürt. Gegen Muslime verbreitete Überfremdungsszenarien werden dominiert von der Gleichsetzung von Islam und Islamismus und einem angeblich von Muslimen verursachten

Wertekonflikt zwischen den freiheitlichen Staaten des Westens und der scheinbar „rückständigen Welt des Orients“ – mitsamt dem Horrorszenario von mittelalterlichen Familien- und Gesellschaftsstrukturen und einem drohenden Kalifat, das sich wahlweise bis nach Europa erstreckt. Mit Werbematerialien, Demonstrationen und Störaktionen, wie wir sie z. B. von der Identitären Bewegung am Willy-Brandt-Haus oder am Brandenburger Tor gesehen haben, versuchen diese Gruppen, weite Bevölkerungsteile zu mobilisieren und Anschluss an bürgerliche Milieus zu finden. Das Internet und die Sozialen Medien werden intensiv für Propaganda- und Kommunikationszwecke genutzt und bieten vor allem für junge Menschen niedrige Zugangsschwellen.

Der Schritt zur Gewalt ist dabei nicht groß: Immer häufiger kommt es zu Übergriffen und Bedrohungen gegen Medienvertreter und Politiker und Menschen, die sich für Flüchtlinge engagieren. Ich will es ganz klar sagen: Gewalt und Angst sind das schleichende Gift für unsere Demokratie. Wer sich diesen Verhaltens- und Denkweisen anschließt und die Grund- und Freiheitsrechte anderer einzuschränken versucht, wendet sich gegen die Grundsätze unserer Verfassung. Er oder sie ist damit ein Gegner unserer Demokratie. Dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird es relevant für den Verfassungsschutz bzw. für die Polizei, wenn strafrechtliche Sachverhalte vorliegen. Hier müssen die Behörden aktiv werden. Denn die Gewährleistung von Sicherheit gehört zu den Kernaufgaben des Staates, unabhängig davon, ob die Bedrohung aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus, des Rechts- oder Linksextremismus oder extremistischer Bestrebungen ausländischer Organisationen kommt.

Als Innensenator von Berlin werde ich mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln des Verfassungsschutzes und der Polizei muslimenfeindliche

Entwicklungen genauestens im Blick behalten. Da, wo Repression notwendig ist, wird es Repression geben – und zwar gegenüber allen menschenfeindlichen Bestrebungen. Das haben wir so auch ganz deutlich in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen. Dem Verfassungsschutz kommt hier eine entscheidende Rolle zu: Er ist ein Frühwarnsystem und informiert Politik, Staat und die Öffentlichkeit über extremistische Bestrebungen. Er signalisiert uns, wann Personengruppen die Arena der Demokratie verlassen und wann sie versuchen, unser politisches System zu überwinden, das auf der freiheitlich demokratischen Grundordnung beruht.

Wer aber meint, erst zu diesem Zeitpunkt den Grad der Wachsamkeit erhöhen zu müssen, täuscht sich. Das Phänomen der Menschenfeindlichkeit, wozu auch die Feindlichkeit gegenüber Muslimen zählt, ist mitten unter uns, und wir müssen uns damit beschäftigen. Und zwar nicht erst dann, wenn es in die Zuständigkeit der Sicherheitsbehörden fällt. Die Koalitionspartner haben sich deshalb darauf verständigt, in der neuen Legislaturperiode in Berlin alle Präventionsmaßnahmen gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu bündeln und mit dem Arbeitsbereich „Demokratieförderung“ zu verknüpfen, damit neue Synergien entstehen.

Ich freue mich, dass der Berliner Verfassungsschutz mit dem Berliner Forum für Sicherheit und Gesellschaft ebenfalls einen wichtigen Beitrag für Aufklärung und Prävention leistet. Mit dem Format, das heute zum zweiten Mal stattfindet, bietet es Raum für Experten aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Medien, Politik und Verwaltung, um kontrovers gesellschaftspolitische Diskurse aufzugreifen. Dabei soll es Spiegelbild aktueller Debatten sein, Herausforderungen identifizieren und diskutieren, Lösungsmöglichkeiten

aufzeigen und – wenn ich jetzt in die Gesichter gerade der jüngeren Gäste unserer Veranstaltung blicke – zum Handeln motivieren.

Ich danke den Referenten und Podiumsdiskutanten:

Dr. Naime Çakir von der Goethe-Universität Frankfurt am Main,

Carl Chung vom Mobilen Beratungsteam der Stiftung SPI,

Thomas Gill von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung,

Dr. Alexander Kissler vom Monatsmagazin Cicero,

Dr. Marcel Lewandowsky von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg,

dem Moderator der Veranstaltung, Daniel Bax von der taz,

und vor allem Ihnen, werte Gäste, dass Sie heute hier sind und sich mit diesem so wichtigen Thema auseinandersetzen.

Im Geiste der Namenspatronin dieses Raumes, Louise Schroeder, werden wir Durchhaltevermögen bei der Bewältigung gesellschaftspolitischer Herausforderungen beweisen und das für uns selbstverständlich gewordene nicht als selbstverständlich betrachten: unsere Demokratie und Vielfalt. Beschützen wir sie! Gemeinsam.

Ich wünsche uns allen nun eine spannende Veranstaltung. Vielen Dank!